

Barrierefreiheit im ÖPNV ab 2022 sicherstellen – Straßenbahnen nicht aufs Abstellgleis rollen lassen

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine Politik, die den Umweltverbund in allen Landesteilen stärken und ausbauen will, denn ein starker und leistungsfähiger ÖPNV ist für eine hohe Lebensqualität in den Städten und Gemeinden unverzichtbar und ein wichtiger Baustein für die Verkehrswende und zur Einhaltung der Klimaziele. Auch unter sich ändernden Rahmenbedingungen und Anforderungen muss der ÖPNV im Land Brandenburg weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, mehr Anstrengungen zu unternehmen, dass die Anforderungen zur Schaffung vollständiger Barrierefreiheit im ÖPNV ab 2022 gewährleistet werden kann und dabei die besonders umweltfreundlichen Verkehrsmittel Straßenbahn und O-Bus nicht unter die Räder kommen.

Zusammen mit den Kommunen als Aufgabenträger für den ÖPNV und den Nahverkehrsunternehmen muss die Landesregierung alle Möglichkeiten unterstützen, die UN-Konvention zur Schaffung vollständiger Barrierefreiheit im ÖPNV umzusetzen. Dies gilt insb. für die Städte und Gemeinden, in denen Straßenbahnen verkehren und diese das Rückgrat des örtlichen ÖPNV bilden, da hier durch die hohen Investitionskosten für neue Straßenbahnen und die im Vergleich zu Bussen lange Lebensdauer der Straßenbahnen besondere Finanzierungserfordernisse entstehen.

Da das Land Brandenburg eines der wenigen Bundesländer ist, das die Erneuerung des Straßenbahnfuhrparks nicht mit eigenen Landesmitteln unterstützt, steht das Land hier in einer besonderen Pflicht, seine Verkehrspolitik zu überprüfen, damit auch die Straßenbahn im Land Brandenburg weiterhin Zukunft hat. Die bündnisgrüne Landtagsfraktion wird gebeten sich diesbezüglich entsprechend zu engagieren und darauf einzuwirken, dass eine zukunftsfähige Verkehrspolitik mit dem Verkehrsträger Straßenbahn und O-Bus in Brandenburg eine Chance hat.

Ein attraktiver ÖPNV hat dort besonders gute Voraussetzungen, wo Straßenbahnen das Rückgrat des ÖPNV darstellen, denn Straßenbahnen sind für die Nutzer*innen wesentlich attraktiver, schneller und komfortabler. Sie sind ein seit Jahrzehnten funktionierendes System von E-Mobilität und unverzichtbar für die kommunalen Anstrengungen zur Luftreinhaltung und Lärminderung. Ihre Infragestellung oder Rückbau wäre ein großer verkehrspolitischer Rückschritt. Nicht umsonst bedauern insb. westdeutsche Städte, die ihre Straßenbahnen in den 60er und 70er Jahren abgeschafft haben diesen Schritt und wird europaweit mittlerweile von einer Renaissance der Straßenbahn gesprochen.